

Aufruf : Das Wohl der Kinder hat Vorrang!

an

Verteiler Politik Bund
Verteiler Politik Hamburg
Verteiler Fachebene Bund
Verteiler Medien

Sehr geehrte Abgeordnete des Familienausschusses des Deutschen Bundestags
Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Giffey,
Sehr geehrte Frau Senatorin Dr. Leonhard,
Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Aufruf : Das Wohl der Kinder hat Vorrang vor allem - auch und gerade im Umgang mit der Corona-Krise !

Art. 6 Grundgesetz :

- (1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der Staatlichen Ordnung
- (4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft

Art. 3 UN - Kinderrechtskonvention :

- (1) Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist

Bis zum 6. Mai war der politische Umgang mit der Corona-Krise vor allem dadurch bestimmt, die Überlastung unseres Gesundheitssystems zu vermeiden, und die Infektionsgeschwindigkeit deutlich zu verlangsamen. Die Kraft der Bilder vom Massensterben in italienischen Krankenhäusern hat bei fast allen von uns zu einer hohen Akzeptanz und Disziplin der beschlossenen Einschränkungen geführt. Nun sind alle vorgegeben Ziele nicht nur erreicht sondern bei weitem überschritten. Gleichzeitig ist unser Wissen über das Virus und seine Verbreitung deutlich gewachsen aber längst noch nicht ausreichend, um sichere Prognosen über die Zukunft abgeben zu können. Da nach bisheriger Erfahrung erst bei einer Infektionsrate von etwa 60% der Bevölkerung eine Herdenimmunität erreicht ist, müssen wir also noch auf unabsehbare Zeit mit Covid-19 leben und auf die weitere Infektionsentwicklung dann kleinräumig und Kennziffer orientiert reagieren. In soweit sind die Öffnungsbeschlüsse von Bund und Ländern am 6. Mai sinnvoll und notwendig.

Was bisher gefehlt hat, und spätestens am 6. Mai hätte nachgeholt werden müssen, ist eine gleichgewichtige Bewertung der Folgen der verhängten Grundrechtseinschränkungen und ihrer Verhältnismäßigkeit für Kinder und Eltern. Der verklärende Blick auf die Nischen von Beispielen menschlicher Hilfsbereitschaft und familiärer Kreativität, die wir erlebt haben, darf nicht davon ablenken, dass wir durch die Krise keineswegs menschlicher, rücksichtsvoller und solidarischer geworden sind. Die Hauptbelastung haben Eltern und dabei insbesondere die Frauen und alle Kinder tragen müssen, denen schlagartig alle Unterstützungsleistungen von Schulen, Kitas und die Spielmöglichkeiten weggenommen wurden bei gleichzeitiger Zuspitzung der materiellen Grundlagen vieler Familien.

Das hat sich auch durch die Beschlüsse vom 6. Mai nicht wesentlich geändert. Bund und Länder haben mit der Fortsetzung dieser Politik entschieden, dass eine regelhafte Öffnung von Kitas und

Schulen für alle Kinder in weite Ferne rückt, obwohl Kinder die Bevölkerungsgruppe ausmachen, die am wenigsten gefährdet ist. Lediglich die Öffnung der Spielplätze und eine Ausweitung der Notbetreuung sind beschlossen worden. Damit werden weiterhin Millionen von Kindern auf unabsehbare Zeit um ihr Recht auf Bildung und Betreuung gebracht. Millionen von erschöpften Eltern, darunter überwiegend die Mütter, sollen trotz Schulpflicht und Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung weiter neben ihrer Elternrolle Beruf, Haushalt, Kita und Schule ersetzen und darauf warten, dass ihre Kinder irgendwann wieder regelhaft in die Kita oder Schule gehen dürfen. Ebenso gibt es keine Perspektive für die Öffnung von Familienzentren, Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit und noch immer warten 20.000 hochgradig gefährdete Straßenkinder in Deutschland auf eine Öffnung von Jugendherbergen um ihren Schutz und ihre Grundversorgung zu gewährleisten.

Während wir Erwachsenen nun wieder überall einkaufen und im nächsten Café unsere Urlaubspläne schmieden können, häufen sich uneinholbare Lernrückstände, ernährungsbedingte und seelische Krankheiten, Existenzsorgen und berufliche Nachteile für Frauen und Kinder. Deutschlands Politik verstößt mit dieser Politik gegen unser Grundgesetz und die UN - Kinderrechtskonvention, die von uns abverlangt, gerade deren Wohl vorrangig zu berücksichtigen. Wir haben das Prinzip jeder Seenotrettung " Frauen und Kinder zuerst " in sein Gegenteil verkehrt. Bei Corona kommen die Interessen und das Wohlergehen von Kindern und Müttern an letzter Stelle.

Das dies möglich war und ist, obwohl wir erstmals in der Deutschen Geschichte an einer Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz arbeiten, zeigt wie hohl dieser Anspruch ist und wie wenig Kinder und Frauen im Ernstfall auf eine Lobby bauen können.

Eine engagierte Bundesfamilienministerin Giffey und eine engagierte Hamburger Senatorin Leonhard stehen allein auf weiter Flur gegen eine männlich dominierte Prioritätensetzung, in der die Interessen der Fußball - Lobby einen höheren Stellenwert einnehmen als die von Eltern und Kindern. Das darf nicht so bleiben.

Ein von vielen geforderter politischer Kindergipfel von Bund und Ländern ist überfällig. Dieser Kindergipfel sollte Lösungen für die nachfolgenden Handlungsbedarfe zum Ziel haben.

- **Aufnahme des Regelbetriebs von Kitas und Schulen vor den Sommerferien**
- **Aufstockung aller Transferleistungen für Eltern, die durch die Betreuung ihrer Kinder Einkommenseinbußen hinnehmen mussten**
- **Aufnahme des Regelbetriebs aller Einrichtungen der Familienförderung, der offenen Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe**
- **Nutzung der Jugendherbergen und Schullandheime schon vor den Ferien auch für schulische Zwecke**
- **Sicherung der Grundversorgung der 20.000 Straßenkinder in Jugendherbergen**
- **Sicherung der Angebote der Kinder- und Jugendberufshilfen, um in den Ferien auch Kinder aus einkommensschwachen Familien wie bisher zu fördern**

Nichts auf der Welt ist so systemrelevant wie das Aufwachsen von Kindern in familiärer und öffentlicher Verantwortung !

Wolfgang Hammer

Dr. phil., Freiberuflicher Soziologe und Fachautor

Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Deutschen Kinderhilfswerks